

Presseinformation

17. September 2012

„Anschlussinvestitionen“ für die Hornbach-Spange:

Das „dicke Ende“ für die B 272

Aus gut informierten Kreisen sickert jetzt durch, was die sog. „Hornbach-Spange“ noch so mit sich bringen soll: Eine sog. „Anschlussinvestition“ - auch „Ertüchtigungsmaßnahme“ genannt und im Augenblick noch Planungsauftrag für den Landesbetrieb Mobilität - enthält folgende weitere Kosten treibende und die Landschaft massiv verändernde Projekte:

- Südlich des jetzigen Straßenverlaufs sowie vor den Toren Bornheims und Dammheims einen Kreisel mit einem Durchmesser von ca. 30 Metern und insgesamt fünf Auf- und Abfahrten;
- eine Brücke über die B 272 mit einer Spannweite von 29 Metern, was sogar die „Autobahn“-Pläne für den B 10-Ausbau mit 26 Metern Querschnitt (vier Fahrstreifen plus zwei Standstreifen) noch überbietet.

Hier setzt Herr Ertel mit seinen Straßenplanern einen eindeutigen Zwangspunkt für einen zukünftigen groß dimensionierten Ausbau der B 272. Und überdies fällt er damit seinem Ministerpräsidenten in den Rücken, der noch kurz vor der letzten Landtagswahl jegliche Kapazitätserweiterung dieser Bundesstraße in Abrede gestellt hat. Nicht uninteressant wäre daher zu hören, was Verwaltung und Politiker der Stadt Landau sowie des betroffenen Ortsbeirats dazu zu sagen haben. Wird es ein Dementi geben oder rechtzeitigen Widerstand?

Man muss sich einmal klar machen, vor welchem Hintergrund sich das alles abspielt:

- Millioneninvestitionen sollen in Zeiten knappster öffentlicher Mittel vom Steuerzahler aufgebracht werden, um gerade mal prognostizierten 1070 täglichen Fahrzeugen den Weg zu bahnen. Die aber rapide zunehmen werden, wenn die B 272 zusammen mit der B 10 verbreitert sein wird und dadurch ein Strang mit erheblich erweiterter Aufnahmefähigkeit für den internationalen Transitverkehr entstanden ist.

- Dem Vernehmen nach hatte vor Jahren die Firma Hornbach für die Ansiedlung ihrer Schwerlastverkehr erzeugenden Investitionen die Wahl zwischen einer direkten Autobahnanbindung in Landau oder aber im weiter östlich gelegenen Hinterland auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde Offenbach. **Die verkehrlichen Folgen der damaligen Fehlentscheidung mit Bevorzugung einer autobahnfernen Ansiedlung sollen nun wie selbstverständlich die meist geduldigen und langmütigen Bürger mit ihren Steuern und gesundheitlicher Beeinträchtigung bezahlen.**

Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens auch die Frage, was wohl das Geber-Land Baden-Württemberg, das aktuell aus Sparsamkeitsgründen die Hälfte seiner bereits planfestgestellten Straßengroßprojekte gestrichen hat, dazu sagen wird, wenn im Nehmer-Land Rheinland-Pfalz unnütze Projekte für teures Geld durchgezogen werden sollen. Eine Frage, die auch Sparsamkeitsleitplanken setzt für den z. Zt. verhandelten durchgängig vierstreifigen Ausbau der B 10.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz in Zusammenarbeit mit SÜDPFALZ MOBIL